

Film in der Blackbox

Aktionswochen für Demokratie
BÖBLINGEN (red). „Vielfältig, tolerant, offen“ – so lautet das Motto der Aktionswochen für Demokratie in Böblingen, die noch bis Samstag, 6. Oktober, stattfinden. Der Integrationsrat ist Schirmherr der 14 Veranstaltungen, die von mehreren Akteuren geplant und angeboten werden.
 Am heutigen Dienstag ist am Bahnhofsvorplatz von 13 bis 19 Uhr eine Blackbox aufgebaut, dort wird Passanten ein Film über ein Straßentheater-Projekt gegen Rassismus und Diskriminierung gezeigt.

Wiedereinstieg in den Beruf

BÖBLINGEN (red). Um den beruflichen Wiedereinstieg geht es am Mittwoch, 26. September, von 9 bis 12 Uhr im Studio des Landratsamtes Böblingen. Informiert wird über Arbeitsmarkt und Stellensuche, erfolgreiche Bewerbungs- und Wiedereinstiegsstrategien sowie über den Umgang mit Widerständen und Rückschlägen. Wie der Wiedereinstieg in den Beruf gelingen und die berufliche Zukunft gesichert werden kann, ist Thema der Informationsreihe, die sich speziell an Frauen und Männer richtet, auch nach der Pflege von Angehörigen oder der Erziehung von Kindern den Anschluss an ihre Qualifikation. Die Teilnahme ist kostenlos.

Termine

Gassenquartier im Ortschaftsrat DAGERSHEIM. Der Satzungsbeschluss zur förmlichen Festlegung des Sanierungsgebiets „Gassenquartier“ steht unter anderem auf der Tagesordnung, wenn der Ortschaftsrat Dagersheim am heutigen Dienstag, 25. September, um 19 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksamts tagt.

„Dem Himmel nah“

BÖBLINGEN. In der Reihe „Lesen aus den Heiligen Schriften“ werden Pastor Hans-Martin Niehammer von der Evangelisch-methodistischen Kirche und Jürgen Wittlinger von der Neupostolischen Kirche heute ab 19.30 Uhr im Stadttreff, Liesel-Bach-Straße 12, auf dem Flugfeld je einen Abschnitt aus der Bibel erläutern. Zudem spricht Juniorprofessor Dr. Abdelmalek Hibaoui vom Zentrum für islamische Theologie in Tübingen.

Treff der CDU-Senioren-Union

BÖBLINGEN. Der monatliche Treff der CDU-Senioren-Union findet am Mittwoch, 26. September, um 14.30 Uhr im Nebenraum des Restaurant Paladion statt. Nach einer kleinen Kaffeepause wird Nadine Derber, Klimaschutzbeauftragte der Landkreis-Energieagentur, über den derzeitigen Stand und geplante Vorkehrungen sprechen. Gäste sind willkommen.

„Hilfsfonds ist ein Irrweg“

Erhebungen: Versicherung möchte Wertverlust nicht ersetzen

VON MICHAEL STÜRML

BÖBLINGEN. Die Allianz-Versicherung zeigt derzeit keine Bereitschaft, den geschädigten Hausbesitzer auch den Wertverlust ihrer Immobilie zu ersetzen. Landrat Roland Bernhard nannte die Versicherung gestern im Umweltausschuss des Kreistages in dieser Sache „hartleibig“. Bernhard setzt bei der Entscheidung der Betroffenen weiterhin auf eine außergerichtliche Verhandlungslösung mit der Versicherung.

Den von einer kleinen Gruppe Betroffener geforderten Hilfsfonds nannte der Landrat einen „Irrweg“. Statt zum jetzigen Zeitpunkt die Geschädigten mit Steuer geldern zu unterstützen, möchte er, wie mehrfach berichtet, die Versicherung des verantwortlichen Bohrunternehmens in die Pflicht nehmen.

Zwölf Millionen Euro hat die zuständige Allianz-Versicherung bereits an Wertverlust der betroffenen Gebäude ausbezahlt. Davon sind fünf Millionen für die beiden Hebungsbereiche plus eine einmalige Zahlung von zwei Millionen, die sich aus den Versicherungsregulieren ergibt. Eine Summe, die wohl bei weitem nicht reicht, um alle Forderungen zu befriedigen.
 In diesem Punkt existiere noch ein „kardinaler Streit“ mit der Allianz, räumte Bernhard ein. Das Landratsamt geht nämlich davon aus, dass in Böblingen drei Hebungsbereiche existieren. Heißt: Die Versicherung müsste weitere fünf Millionen zur Entschädigung bereitstellen. Dann stünden 17 Millionen Euro zur Verfügung. Der für Anfang 2019 erwartete Bericht des Landesamtes für Geologie über die Ursachen der Erhebungen im südlichen Hebungsbereich soll in dieser Sache Klarheit bringen.

17 Millionen Euro, glaubt der Landrat, könnten dann vielleicht reichen, um die Schadenersatzforderungen der rund 200 be-



Die Werte des Messkastens in der Oberen Poststraße verheißt nichts Gutes: Bisher wurde dort in jedem Monat der zulässige Grenzwert für Stickoxid in der Luft gerissen

Foto: Bischof/Archiv

Stickoxide: Dicke Luft in der Poststraße

Seit dem 1. Januar misst die Stadt Böblingen die NO₂-Werte in der Stadt – Am Apothekergässle sind diese regelmäßig zu hoch

Mehr als zwei Drittel des Jahres sind vorbei – und der Böblinger Gemeinderat nimmt die Luftqualität wieder auf die Agenda. An drei Stellen wurde seit 1. Januar der Stickoxid-Gehalt gemessen, an einer liegen die Werte regelmäßig über dem erlaubten Wert: In der Oberen Poststraße besteht Handlungsbedarf.

VON JAN-PHILIPP SCHLECHT

BÖBLINGEN. Der große weiße Kasten, der seit Anfang dieses Jahres in der Oberen Poststraße auf Höhe des Apothekergässles aufgebaut steht, wirkt vergleichsweise unscheinbar. Wie ein überdimensionierter Kühlschrank sieht er aus und außer dem grünen Schriftzug des Sprayers „Elgo“, der im übrigen auch viele andere Stellen im Stadtgebiet ziert, ist daran nichts Spannendes zu finden. Die Sprengkraft des Kastens liegt vielmehr in seinen inneren Werten, die er monatlich an die Stadtverwaltung sendet. Dieses Gerät der Firma Dekra misst nämlich die Qualität der Atemluft und insbesondere die Stickoxid-Konzentration (chemisch

korrekt: NO₂). Und die liegt an diesem Standort seit Beginn der Messungen konstant über dem Erlaubten.

Das geht einerseits aus den monatlichen Ergebnissen hervor, die mit ein paar Wochen Verzug etwas versteckt auf der Homepage der Stadt Böblingen nachzulesen sind. Andererseits berichtet dies das Tiefbauamt in einem Bericht an den Technik- und Umweltausschuss des Böblinger Gemeinderats, der am Mittwoch darüber tagen wird. Im sogenannten gleitenden Jahresmittel darf die Stickoxid-Konzentration laut der Bundesimmissionschutzverordnung einen Wert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Atemluft nicht überschreiten. Diese Latte wurde aber in der Oberen Poststraße seitdem in jedem Monat überschritten. Auch an zwei weiteren Punkten hat die Stadt gemessen: In der Stadtgrabenstraße auf Höhe der Volksbank und in der Karlstraße, im Rücken der Hautana-Passage. Dort waren die Werte aber jeweils unauffällig.

Bis einschließlich Ende August lagen sie in der Oberen Poststraße im Schnitt bei 49 Mikrogramm, mit den höchsten Monatswerten von je 53 Mikrogramm im Februar, März und Juli und dem höchsten Tageswert am 22. Januar. An dem Tag registrierte der

Messkasten 129 Mikrogramm je Kubikmeter – eine mehr als dreifache Überschreitung des Erlaubten.

In den kalten Monaten sei häufiger mit einer erhöhten Stickoxid-Werten zu rechnen, schreibt das Böblinger Tiefbauamt. Dann herrscht häufiger eine sogenannte Inversionswetterlage, die den Luftaustausch hemmt. Deshalb sei auch davon auszugehen, dass sich das Bild der vergangenen acht Monate noch bis zum Jahresende fortsetzt beziehungsweise bestätigt.

Stadt wird um Luftreinhalteplan wohl nicht herkommen

Das ist insofern brisant, als es im Umkehrschluss bedeutet, dass die Stadt einen sogenannten Luftreinhalteplan aufstellen muss, damit sich die Stickoxidbelastung an diesem Ort dauerhaft in den erlaubten Bereich einpendelt. Dazu sagt Tiefbauamtsleiter Frank Bader, in dessen Zuständigkeit dies fällt: „Zunächst muss abgewartet werden, wie das Jahr vollends verläuft.“ Denn amtlich ist das Ergebnis erst nach einem vollen Jahr. Dann aber dürfte „aller Voraussicht nach“, so Bader, deutlicher Handlungsbedarf bestehen.

„Die Stadt muss dann einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, der dazu geeignet ist, die Luftqualität nachhaltig zu verbessern“, sagt Bader. Zu beobachten sei dies unter anderem in Stuttgart, wo man bekanntermaßen schon länger mit den Problemen kämpft. Fahrverbote seien aber erst das allerletzte Mittel, zu dem die Verantwortlichen greifen wollen. Bader: „Vorher gibt es bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen, die in Frage kommen.“ Darunter zum Beispiel rigide Tempolimits, Verkehrsverlagerung oder passive Eingriffe. „Das ist ein großer Baukasten“, sagt der Tiefbauamtsleiter. „Das letzte Wort hat allerdings das Regierungspräsidium.“ Der Stadt Böblingen wird die Aufgabe haben, Vorschläge zu erarbeiten.

Was gegen die schlechte Luft helfen kann, darüber gehen die Ansichten auseinander: Am Stuttgarter Neckartor versuchte man beispielsweise mit großflächigen Mooswänden gegen die Luftverschmutzung anzukämpfen. Doch der Erfolg war äußerst mäßig, die Ergebnisse des Pilotprojekts erntend. Was Böblingen im Rahmen des zu erwartenden Luftreinhalteplans gedenkt zu tun, ist daher noch nicht bekannt. Eine Mooswand entlang der Poststraße dürfte aber nicht dazu gehören.

Lesermeinung

Bestimmte Einrichtungen spielen auf Zeit

Zu den Leserbriefen von Fritz Ott und Erich Weiß vom 18. September

Ich danke den Herren Fritz Ott und Erich Weiß für ihre beiden Leserbriefe und auch für die darin enthaltenen deutlichen Worte zur Einstimmigkeit. Ich habe als Geschäftschaffer der IGE-BB niemals einen Hilfsfonds für die Erhebungsgeschichten abgelehnt und hätte mit gesundem Menschenverstand auch niemals gegen einen solchen gestimmt, selbst dann nicht, wenn es eine protokollarische Abstimmung zum Hilfsfonds gegeben hätte. Schließlich hatte der CDU-Landtagsabgeordnete Paul Nemeth schon im Jahr 2015 einen Hilfsfonds gefordert. Seine Pressemitteilung liegt der Kreiszeitung vor.

In dieser Pressemitteilung von damals hieß es: „Der Antwortbrief vom Minister ist lediglich ein Kanzieitrost. Darin antwortet er, dass er die Einrichtung eines solchen Fonds für ein falsches Signal hält. Aus seiner Sicht würde der Schadenersatz dadurch aus der Verantwortung entlassen werden.“ Doch dieses Argument hält Nemeth für nicht schlüssig: „Bereits in anderen Fällen hat man sehr gute Erfahrungen mit der Einrichtung von Nothilfe- oder Ausgleichsfonds gemacht“, so Nemeth. „Hier geht es nicht darum, Verantwortung zu entlassen, sondern den Betroffenen zuzüg und sachgerecht zu helfen“, bekräftigte Nemeth.

Es ist wohl mehr als richtig, wenn CDU-Stadtrat Willi Braunmann erneut die Forderung nach einem Hilfsfonds aufgreift. Die Erhebungsgeschädigten warten schon viele Jahre auf Entschädigung viel zu lange, was beim Landratsamt alles schief gelaufen ist. Deshalb ist das Land in einer moralischen Pflicht, was nicht nur der CDU-Landtagsabgeordnete Paul Nemeth in seiner Pressemitteilung von 2015 feststellte, sondern unabhängig von ihm auch die frak-

tionlose CDU-Stadträtin Daniela Braun. Nur über eine verbindliche Zusage der Landesregierung für einen Hilfsfonds, in den sowohl das Land als auch die Versicherung einzahlen, ist sichergestellt, dass die Geschädigten nicht auf Teilen ihrer Schadenersatzforderungen sitzen bleiben, darunter auch die Stadt Böblingen.

Hans-Peter Braun, Böblingen

Wer hilft den nichtorganisierten Geschädigten?

Zum Thema Erhebungen.
 Umweltminister Untersteller hat am 2. Februar 2018 schriftlich, klar und deutlich festgestellt, dass in Böblingen neben den Sanierungskosten auch die Wertminderung eines Hauses ein Schaden ist, der zu ersetzen ist, wenn er durch Erhebungen verursacht ist. Welche Größenordnung diese Schäden annehmen können, zeigt ein Prozess im Gebiet Nord, für den ein Streitwert von 200 000 Euro angesetzt ist. Aufgrund dieser klaren Angabe kann man nun durch einfache Auszählung eindeutig ermitteln, dass in Böblingen durch Erhebungen mindestens 351 Immobilien eine Wertminderung einfach dadurch erlitten haben, dass sie im Hebungsbereich liegen. Basis dafür ist die städtische Bodenrichtwertkarte vom 31. Dezember 2016. Dort sind die Grenzen aller Grundstücke und der beiden Hebungsbereiche nach dem Stand der amtlichen Karte vom 9. Februar 2014 eingetragen.

Seit mehr als vier Jahren gibt es keine neue Karte über die fortschreitende Ausdehnung des Hebungsbereiches. Eine neuere soll erst dann wieder von den Behörden erstellt werden, wenn die Erhebungen ausgeklügelt sind. Das bereits eingedrungene Wasser wirkt noch nach. Das kann noch Jahrzehnte dauern. Aber selbst auf der Basis dieser völlig veralteten Karte vom Februar 2014 errechnet man über die Ausdehnung des Hebungsbereiches 351 Flurstücke sind betroffen. Geht man einmal von einem Wertverlust von durchschnittlich 100 000 Euro pro Immobilie aus, kommt man auf 35 Millionen Euro. Das ist die gleiche Größenordnung, wie sie in Staufen den geschädigten Bürgern erstattet wird.

Die Interessengemeinschaft Erhebungen, eine eng geschlossene BGB-Gesellschaft mit voller Privathaftung der Mitglieder für Beratungen- und Prozesskosten, soll 200 Mitglieder haben. Laut Geschäftsführerbeschluss dürfen keine neuen Mitglieder mehr aufgenommen werden.

Dabei ist bis zum Juli 2018 immer noch Wasser in den Gipskeuper eingedrungen und hat das Schadensgebiet deutlich erweitert. Das bereits eingedrungene Wasser wird sogar noch viele Jahre weitere Quellen und Hebungen erzeugen. Die Anzahl der Geschädigten wird sich daher noch deutlich vergrößern.

Beiden also mindestens 151 Geschädigte, die in Böblingen ohne Schutz, allein und verlassen im Regen stehen. Meistens Senioren. Sowohl der Herr Landrat wie der Oberbürgermeister haben öffentlich erklärt, dass sie sich aus Zeitgründen nicht um diese Geschädigten einzeln kümmern können.

Um diesen 151 Geschädigten jedoch eine Stimme zu geben und um sie mit Informationen über die Entwicklung dieser Erhebungen zu versorgen, brauchen diese eine Art Amtsvormund bzw. einen glaubwürdigen, neutralen Pfleger/Betreuer.

Mein Vorschlag wäre, dafür den Pfarrer der Martin-Luther-Kirche zu gewinnen. Seine Kirche liegt im Hebungsbereich und die beladenen Hauptgeschädigten wohnen darum herum. Seine geschädigten Schäfchen haben einen geistigen Trost auch bitter nötig, da eine Hilfe noch lange auf sich warten lässt.

Rudolf Springholz, Böblingen

Triste Architektur, engagiertes Läufervolk

Zum Flugfeld-Firmenlauf, Berichterstattung vom 20. September

Das Bild ist unter anderem mit „traumhafter Kulisse“ beschrieben. Was ich sehe, ist eine triste und langweilige Architektur und ein Seufzer mit vielen Betonstützen. Dies soll wohlgehmert das Engagement der Läuferinnen und Läufer in keiner Weise schmälern.

Ulf Seidel, Holzgerlingen